

«Das Ziel der ganzen Übung ‹Standort- und Raumkonzept› muss sein, die Qualität der Ausbildungen zu verbessern und mögliche Synergien zu nutzen.»

Konzentration der Berufsfelder sinnvoll ist. Aber auch hier eröffnet die Botschaft ein Problemfeld. Der Regierungsrat verzichtet bewusst auf Angaben darüber, welche Berufsfelder zukünftig an welchen gewerblich-industriellen Schulen unterrichtet werden. Zuerst soll der Grosse Rat über die vorliegende Botschaft entscheiden. Erst danach, so die Absicht der Regierung, wird mit den Berufsverbänden, den Organisationen der Arbeit (ODA) und den Berufsfachschulen zusammen eine Lösung gesucht. Die Idee einer Konsenslösung ist gut gemeint, birgt aber in der Umsetzung viele Gefahren und Probleme. Bereits kurz nach Bekanntgabe der Botschaft begann die Lobbying-Arbeit der verschiedenen Beteiligten. Es werden Absprachen vorbereitet oder sind bereits getroffen; die betroffenen Player sind bestrebt, auf verschiedenen Ebenen den persönlichen Einfluss geltend zu machen. Immer auch vor dem Hintergrund, die eigenen (Partikular-)Interessen wahrzunehmen. Was wenig überraschend ist und durchaus verständlich und legitim. Das Ziel der ganzen Übung ‹Standort- und Raumkonzept› muss sein, die Qualität der Ausbildungen zu verbessern und mögliche Synergien zu nutzen. Ob dieses Seilziehen über die zukünftigen Berufszuteilungen zu einem befriedigenden Resultat führt, scheint mir mehr als fraglich. Leider haben die Entscheidungsträger vergessen oder es verpasst, bereits während der Vorbereitungsarbeiten die Betroffenen zu Beteiligten zu machen. Es macht den Anschein, als wolle man dieses Versäumnis nun nachholen.

WMS/IMS: Eine Verschiebung verringert die Raumnot

In der Botschaft wird dargelegt, warum eine Verschiebung der WMS/IMS ins Berufsschulsystem ‹nichts bringt›. Viele Argumente halten jedoch einer genaueren Betrachtung nicht stand, insbesondere was die Berechnung der Kostenfolgen betrifft.

Die Botschaft rechnet bei einer Verschiebung von WMS und IMS ins Berufsbildungssystem mit einem jährlichen Mehraufwand von gesamthaft 106 000 Franken. Was in der Berechnungsgrundlage fehlt, sind die Infrastruktureinsparungen für die geplanten Vergrößerungsbauten bei den einzelnen Kantonsschulen. Das jährliche Kosteneinsparungspotenzial einer WMS-/IMS-Verschiebung ins Berufsschulsystem würde demnach mehrere hunderttausend Franken betragen. Was letztlich ein Gewinn für den Kanton und für jede Steuerzahlerin und jeden Steuerzahler wäre.

Zudem verringert eine Verschiebung die Raumnot an den einzelnen Kantonschul-Standorten und schafft damit für sie einen direkten Mehrwert. Auch wäre ein Entscheid WMS/IMS an die KV-Schulen ein klares Bekenntnis zum Ziel ‹Bildung von Kompetenzzentren im Bereich der kaufmännischen Berufsmaturität›.

Welche Erkenntnisse bleiben?

Bewusst und unbewusst lässt die Botschaft viele Fragen unbeantwortet. Das Problem der Raumknappheit an den Kantonsschulen bleibt ungelöst – ja, wird an einzelnen Standorten noch verschärft. Das finanzielle und pädagogische Verbesserungspotenzial wird zu wenig genutzt. Ich kann mir nicht vorstellen, dass unter diesen Voraussetzungen die vorliegende Botschaft mehrheitsfähig ist und vom Grossen Rat unverändert akzeptiert wird. **Jörg Pfister, Rektor Zentrum Bildung – Wirtschaftsschule KV Baden**

Politspiegel

Basis- oder ‹Schnüerlischrift›?

In einer Interpellation vom 1. März wollte Marlise Spörri, SVP, unter anderem geklärt haben, für welches Schriftsystem sich der Regierungsrat entschieden hat und ob er wisse, dass viele Schulen die Basisschrift ‹schleichend› eingeführt hätten. Dieser beantwortete die Interpellation am 3. Juni: Der Entscheid zugunsten eines Schriftsystems sei noch ausstehend. Es sei jedoch vorgesehen, die Frage nach einer einheitlichen Handschrift im Sinne der Empfehlung der D-EDK im Rahmen der Einführung eines neuen Aargauer Lehrplans auf der Grundlage des Lehrplans 21 auf das Schuljahr 2020/21 zu klären. Das heisst, die Basisschrift würde dann die Schweizer Schulschrift (‹Schnüerlischrift›) ablösen. Dass bereits viele Schulen die Basisschrift unterrichten, ist dem Regierungsrat bewusst. Gemäss geltendem Lehrplan entscheiden die Schulen vor Ort, welche Schrift sie unterrichten.

Irene Schertenleib

Ferienzeit

Die verdiente Sommerpause ist da – auch für das SCHULBLATT AG/SO. Geniessen Sie die Ferien zum Auftanken, Abtauchen und Abschalten. Auch das SCHULBLATT legt eine Sommerpause ein.

Die Redaktionsbüros in Aarau und Solothurn sind vom **Montag, 4. Juli, bis Freitag, 15. Juli**, geschlossen.

Die nächste Ausgabe erscheint am 5. August.

Redaktion



Neues kennenlernen – zum Beispiel den malerischen Hafen von Heraklion auf Kreta. Foto: Irene Schertenleib.